



Berlin, 26.01.2012

PRESSEINFORMATION

Schuldnerberatung in Tiergarten soll bleiben Große Mehrheit in BVV für Antrag von SPD und CDU Chaotisches Abstimmungsverhalten von Bündnis 90/Die Grünen

„Tiergarten braucht eine Schuldnerberatung. Vor Ort, gut zu erreichen, und personell ausreichend ausgestattet. Die SPD-Fraktion lehnt daher die voreiligen Pläne von Sozial-Bezirksstadtrat von Dassel ab, die bestehende Schuldnerberatung im Rathaus Tiergarten zum 01. März 2012 zu schließen“, stellt Hans-Günter Mahr, Vorsitzender der SPD-Fraktion Mitte, klar. „Ich freue mich, dass die BVV Mitte dieses Anliegen teilt und dem entsprechenden Antrag von SPD und CDU auf ihrer Sitzung am 19. Januar 2012 mit ganz großer Mehrheit zugestimmt hat.“

Die SPD-Mitte-Fraktion setzt sich in dem Antrag auch dafür ein, dass die bezirkliche Schuldnerberaterin, die die Beratung in Tiergarten unterstützt, weiterhin in der aktuellen Team-Konstellation verbleibt. Der Plan von Bezirksstadtrat von Dassel, die Schuldnerberatung in Tiergarten zukünftig personell reduziert in Räumen des Jobcenters anzubieten, erscheint als ein unausgeogener Schnellschuss. Er findet auch keine Zustimmung bei den beteiligten Trägern.

Der Antrag von SPD und CDU fordert das Bezirksamt zudem auf, dass unter Beteiligung der Träger, Caritas, AWO und Deutscher Familienverband, ein Gesamtkonzept für die Schuldnerberatung in Mitte erarbeitet wird. Die Diskussion darüber dauert schon länger an. Sie beschäftigte bereits den Ausschuss für Soziales und Bürgerdienste in der letzten Wahlperiode. Umso überraschender kam nun der unabhgestimmte Entschluss von Sozial-Bezirksstadtrat von Dassel, den Standort Rathaus Tiergarten bereits zum 01. März 2012 aufgeben zu wollen.

Während alle anderen Fraktionen der BVV Mitte dem Antrag von SPD und CDU zustimmten, legte die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen ein sehr uneinheitliches Abstimmungsverhalten an den Tag. Höhepunkt des chaotischen Verhaltens war der Diskussionsbeitrag von Fraktionssprecherin Frau Schauer-Oldenburg. Sie hatte dem Antrag eigentlich zustimmen wollen, stimmte dann aber mit der Begründung, die Debatte in der BVV sei ihr zu polemisch verlaufen, gegen den Antrag. Ein sehr eigenwilliges Politikverständnis.